

Motion Luzius Theiler (GaP): Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes STEK 2016 auf Grund von aktuellen ökologischen und finanzpolitischen Überlegungen

Sehr treffend hat es der verstorbene Stadtpräsident Alexander Tschäppät formuliert: «140'000 Einwohner ist ein Ziel, das wir nicht überschreiten sollten. Sonst geht das Wachstum unter anderem auf Kosten der Naherholungsgebiete». («Bund», 4. Mai 2012).

Leider hat der Gemeinderat noch zu Lebzeiten des früheren Stadtpräsidenten im Alleingang ohne demokratische Legitimation durch Stadtrat und Volk ein Wachstumsziel von 12% für die Bevölkerung und von 8.5% für die Arbeitsplätze festgelegt. Bis 2030 soll die Stadt auf 157'000 Einwohnerinnen wachsen und über 200'000 Arbeitsplätze verfügen. Diese Ziele können nur auf Kosten der für die Lebensqualität und die Biodiversität wichtigen noch un bebauten Grün- und Erholungsflächen erreicht werden.

Die forcierte Wachstumspolitik der Stadt Bern, wie sie im STEK 2016 vorgezeichnet ist, bringt auch finanzpolitisch nicht die erwarteten Resultate und ist mit ihren negativen ökologischen Auswirkungen nicht mehr zu verantworten. Umliegende Gemeinden wie Ostermundigen und Köniz mussten wegen ihrer Wachstumspolitik die Steuern erhöhen und/oder Dienstleistungen abbauen.

Der nun bekannt gewordene «Einbruch» der Gewinnsteuern von juristischen Personen um rund einen Viertel weist darauf hin, dass die in den letzten Jahren mit grossen Vorleistungen unterstützte Politik der Ansiedlung von Grossunternehmen, hauptsächlich aus der Medizinal- und Biotechbranche, finanzmässig keinen Erfolg bringt. Die national und international tätigen Unternehmen können ihre Gewinne in eine steuergünstigere Gemeinde oder Region jonglieren, während die Kosten für die Infrastrukturen bei den Berner Steuerzahlenden verbleiben. Die in diesem Jahr in Kraft getretene eidg. Unternehmungssteuergesetzgebung (STAF) und die kantonale Anschlussgesetzgebung werden diese für die Stadtfinanzen ungünstige Entwicklung fortsetzen. Bern muss auf KMU setzen!

Es gibt eine Grenze, wo ein zusätzliches forciertes Wachstum keinen Sinn mehr macht. Gehen wir über unser natürliches Wachstum hinaus, nehmen wir anderen Leuten Einwohner und Ressourcen weg. Andere Orte werden dann kleiner, Städte und Gebiete im ländlichen Raum verlieren ihre Bevölkerung, Schulhäuser werden geschlossen und Spitäler sind bedroht. Als Zentrum einer «Hauptstadtregion» vom Wallis bis zum Jura trägt die Bundesstadt auch für den ländlichen Raum Verantwortung.

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Kreditvorlage zur Überarbeitung des STEK 2016 mit folgenden Zielsetzungen zu unterbreiten:

1. Revidierung des STEK-Wachstumsziels von 12% Bevölkerungszunahme auf ein stadtverträgliches Mass unter tatsächlicher Mitwirkung der Bevölkerung.
2. Verzicht auf neue Grossüberbauungen auf Kulturland.
3. Keine Beeinträchtigungen des Stadtbildes.
4. Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen.
5. Erhaltung der Grün- und Erholungsgebiete.
6. Beschränkung der Wirtschaftsförderung in erster Linie auf die Unterstützung von KMUs.

Bern, 30. Januar 2020

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Zora Schneider, Tabea Rai, Eva Gammenthaler, Thomas Glauser, Alexander Feuz, Michael Burkard, Peter Ammann, Ueli Jaisli